57. Jahrgang No. 359

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 4. August 1909

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.80 und vierteljährlich Mark 2.40. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig. Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 4 Pfennig. Das fette Überschriftswort 10 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. ese 46-49. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W

Telephon: Amt I, Nr. 10131—10148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wiener Strasse 1—6, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 31 und Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestrasse 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorfer Strasse 27, Königstr. 56/57, Rathenower Strasse 5, Potsdamer Strasse 53, Bayreuther Strasse 32, Leipziger Str. 103, Blücherstr. 69, Rixdorf, Berlinerstr. 41, Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 84, Pankow, Bornholmer Str. 1, Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 129, Weissensee, König-Chaussee 61b.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Fulda und München-Gladbach.

Von
Dr. Rudolf Breitscheid.

So lange, wie das Zentrum besteht, wird auch über die Frage diskutiert, ob es eine politische oder eine konfessionelle Partei sei.

Das Zentrum beschränkt seine Tätigkeit nicht auf Angelegenheiten der Religion und der Kirche; es behandelt die weltlichen Fragen durchaus nicht vom Standpunkt der kanonischen Wirtschaftsauffassung und des kanonischen Rechts. Es hat es auch bei seiner Gründung ausdrücklich abgelehnt, als eine Fortsetzung der alten katholischen Fraktion betrachtet zu werden. Aber schließlich, selbst wenn wir von einzelnen zum mindestzn doppelsinnigen Sätzen der Programme und Wahlaufrufe und gar nicht mehr zweideutigen Aeußerungen von Rednern und Preßorganen absehen: Die Praxis hat die Kontroverse seit langem entschieden, und alles Gerede und alle spitzfindigen Unterscheidungen können nichts daran ändern, daß das Zentrum eine Partei ist, aus religiösen Motiven entsprungen, durch religiöse Bande zusammengehalten und mit religiös-kirchlichen Tendenzen. Und die Religion, die gemeint ist, ist die katholische, und die Kirche die römische, wenn auch gelegentlich ein paar versprengte und verärgerte Protestanten in den Reihen des Zentrums gestanden haben.

Natürlich ist der „Kulturkampf" für die Geschichte des Zentrums von größter Bedeutung gewesen, jedoch hat dieser Vorstoß gegen die Mächte des Katholizismus die Partei wahrscheinlich weit mehr nach der quantitativen als nach der qualitativen Seite hin beeinflußt, und auch wenn er unterblieben wäre, und wenn den Katholiken im Deutschen Reiche auch der letzte Grund entzogen wäre, über Imparität und Intoleranz zu klagen, so würde sich die Gründung der Reichensperger, Mallinckrodt und Windthorst doch im Sinne der römischen Kirche entwickelt haben. Denn das Wesen dieser Kirche verlangt es, daß sie ein Werkzeug besitzt, mit dessen Hilfe sie auf die staatlichen Angelegenheiten einwirkt.

Unter solchen Umständen sind nur auf den ersten Blick gewisse Vorgänge, die sich in den letzten Monaten im Schoße des Zentrums abgespielt haben, nicht recht verständlich. Da ist am Osterdienstag in Köln eine Reihe von Klerikalen und Laien versammelt gewesen, die als Leitsatz für die weitere Agitation innerhalb des Zentrums den Satz aufgestellt haben, daß die Partei die Interessen des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklange mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten habe. Man sollte meinen, das hätte sie bisher auch getan, und wenn auch der der „Kölnischen Volkszeitung" nahestehende Dr. Karl Bachem „aus dem Turm heraus" will und den Protestanten die Tore des Zentrums weiter öffnen möchte, so hat dieses private Programm an der Politik der Partei nicht das geringste geändert. Wozu also die Bildung der Internen, und wozu andererseits der gewaltige Lärm, den das führende rheinische Zentrumsblatt über die „Quertreiberei" der Osterdienstags-Männer schlägt?

Die Sache hat einen tieferen Grund. Er hangt mit der christlich-katholischen Arbeiterbewegung zusammen, und hier treten — vielleicht zum ersten Male mit solcher Deutlichkeit — die Klassengegensätze, die innerhalb des Zentrums bestehen, hervor.

Der Kirche und dem Episkopat ist die Entwickelung der christlichen Gewerkschaften in hohem Maße unsympathisch. Nicht erst seit heute und gestern. Bereits im Jahre 1900 haben die zu Fulda vereinigten preußischen Bischöfe ein Hirtenschreiben erlassen, in dem die unbedingte Notwendigkeit betont wird, die Arbeitervereine auf religiöser Grundlage aufzubauen. Die Mitglieder müßten alle ihre Bestrebungen und Interessen von religiösen Standpunkte aus betrachten; es sei irrig zu behaupten, daß die wirtschaftlichen Bestrebungen mit der Religion nichts zu tun hätten. Der Glaube an Gott und die Anerkennung einer natürlichen sittlichen und rechtlichen Ordnung genüge nicht. Diese Norm entbehre der Autorität usw. Mit anderen Worten: Die Arbeiterbewegung muß in engster Fühlung mit den Bischöfen bleiben und soll von ihnen ihre Richtlinien empfangen. Die Bischöfe konnten sich dabei auf die päpstliche Encyclica Rerum novarum vom Jahre 1891 beziehen, die ähnliche Grundsätze aufgestellt und die katholische Kirche eigentlich auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung verpflichtet hatte.

Die Zentrumspresse, die den christlichen Gewerkschaften nahe stand, mußte alle Interpretationskünste aufwenden, um zu beweisen, daß sich die Erklärung von Fulda nur gegen die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften richte, und insgeheim nahm die Agitation der Bischöfe ihren Fortgang. Nach ihrem Herzen sind die „Fachabteilungen" der katholischen Arbeitervereine, die die Geistlichen in der Hand haben, und die von jeder Berührung mit den Gedanken der Arbeiterbewegung ängstlich fern gehalten werden.

Die Sympathien der Bischöfe und des heiligen Stuhls sind diesen Bruderschaften bisher aber sehr wenig förderlich gewesen. Sie blühen im Verborgenen, während die Gewerkschaften es nach zehnjährigem Bestehen auf 300,000 Mitglieder gebracht haben. Jetzt wird nun ein neuer Vorstoß versucht, und der Klerus hat sich für ihn die Unterstützung einiger Zentrumsleute gesichert. Er richtet sich vor allem auch gegen den Ausgangspunkt der christlichen Gewerkschaftsbewegung, gegen den katholischen Volksverein in München-Gladbach. Hier haben alle die „sozialen" Tendenzen des Zentrums ihre Wurzel. Hier ist die katholische Konkurrenzaktion der Sozialdemokratie organisiert worden. Die aber kann nur so lange Erfolg haben, als der Klerus sich darauf beschränkt, ihr von weitem seinen Segen zu erteilen. Es ist sehr begreiflich, daß das Zentrum in den Industrierevieren des Niederrheins sehr wenig davon erbaut ist, daß gerade im gegenwärtigen Moment, wo es ohnehin nicht leicht ist, die Arbeiter bei der Stange zu halten, Leute kommen, die ihnen ihr sozialpolitisches Selbstbestimmungsrecht durch Unterordnung unter die kirchliche Autorität rauben wollen. Da die Gewerkschaften im gegenwärtigen Stadium ihrer Entwickelung selbstverständlich nicht mehr unter das Joch gehen, würde ein Sieg der bischöflichen Richtung nur die Arbeiter aus dem Zentrum treiben, und das bedeutet den Verlust zahlreicher Wahlkreise im Westen.

Wenn sich die Parteimitglieder, die an der neuen Aktion teilnehmen, das nicht auch klar gemacht haben, so sind sie von einer geradezu unglaublichen politischen Einfichtslosigkeit, handeln sie aber im Bewußtsein der Tragweite ihrer Schritte, so vertreten sie eben Seite an Seite mit der Kirche die Klasseninteressen der Bourgeoisie gegen die Arbeiter und das ist das Wahrscheinlichere.

Die „Unebenbürtigkeits"-Liebe.

Ein entprinzter Herzog.

Die Liebe muß leiden. Die „Weimarische Zeitung" meldet an amtlicher Stelle:

Von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge ist dem Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar-Eisenach, Herzog zu Sachsen, nachdem derselbe sich der Mitgliedschaft des großherzoglichen Hauses Sachsen und aller damit für ihn selbst sowie für seine etwaigen Nachkommen verbundenen Rechte begeben und für sich und seine Nachkommen auf das Recht zur Thronfolge im Großherzogtum Sachsen sowie auf den Namen, Rang und Titel eines Prinzen des großherzoglichen Hauses verzichtet hat, für sich und seine ehelichen Nachkommen der Rang und Name eines Grafen „von Osthem" beigelegt worden.

Immerhin wird der Entprinzte nicht in den „Bürgerstand" verwiesen!

Preußische Sorgen.

Die Form der Städtewappen betrifft, so lesen wir in verschiedenen Blättern, eine besondere Verfügung des Ministers des Innern an die Provinzialbehörden. Bei den Anträgen auf Verleihung von Städtewappen werden häufig Wappen in Vorschlag gebracht, in die Teile des königlichen Wappens oder Wappen oder Wappenteile der Landschaft oder Provinz, zu denen die Stadt gehört, aufgenommen sind. Mitunter werden auch Wappen oder Wappenteile einer früheren Grundherrschaft in den Städtewappen verwendet. Beides ist nicht zulässig. Die Provinzialbehörden werden deshalb ersucht, darauf hinzuwirken, daß derartige unrichtige Entwürfe von Wappen nicht zur Genehmigung eingereicht werden. Wappen oder Wappenteile einer früheren Grundherrschaft dürfen nur mit Zustimmung der wappenberechtigten Familie verwendet werden.

Gibt es in Preußen nicht wichtigere Sorgen als die „Richtigkeit" der Stadtwappen? Man sollte lieber einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der den Städten die nur in der Phantasie kommunalliberaler Schwärmer existierende Selbstverwaltung gibt.

Die Bierpreise am Rhein.

Ueber die Festsetzung der Bierpreise können sich, so wird der „Köln. Ztg." aus Koblenz berichtet, Brauereien und Wirte trotz wiederholter langwieriger Verhandlungen noch nicht einigen. Die Brauereien bezeichnen einen Aufschlag von 4 Mark für das Hektoliter als notwendig, während die Wirte nur einen Aufschlag von 3,50 Mark gelten lassen wollen. Es wird weiter unterhandelt. Eine Versammlung des Kreiswirteverbandes Mahen erklärte an, daß eine Bierpreiserhöhung notwendig sei. Sie müsse jedoch mäßig gehalten werden und dürfe nicht mehr betragen, als durch das Steuergesetz bedingt sei. Auch brauche sie nicht schon jetzt in Kraft zu treten, vielmehr sei der 1. Oktober der richtige und angemessene Zeitpunkt. Falls die Forderungen nicht anerkannt würden, solle die Gründung einer Genossenschaftsbrauerei ins Auge gefaßt werden. Ein Ausschuß soll mit den Brauereien hierüber weiter beraten.

Man sieht, so hoch, wie in Berlin einige Großbrauereien den Bierpreis treiben wollen, (5 Mark mehr pro Hektoliter als bisher) wird er sonst nirgends in Deutschland getrieben.

Gegen den Branntwein

machen jetzt nach dem Vorgange der Gewerkvereine auch sozialdemokratische Arbeiter mobil. Die Breslauer Sozialdemokraten wollen beim bevorstehenden Parteitage in Leipzig zwecks Verkürzung des Ertrages der Branntweinsteuer und -Liebesgabe beantragen, eine planmäßige Propaganda für Herabminderung des Branntweinkonsums durchzuführen. In Breslau wird dieser Branntweinboykott alsbald beginnen.

Prämienausspielungen und Rabattsparvereine.

Der Minister des Innern hat auf eine Eingabe erwidert, daß nach der von dem Finanzminister im Einvernehmen mit dem Reichsschatzamt getroffenen Entscheidung die Prämienausspielungen der Rabattsparvereine als stempel- und genehmigungspflichtig zu erachten sind und mangels staatlicher Genehmigung fernerhin zu unterbleiben haben.

Der studentische Luxus.

Zwei alte Korpsstudenten, der Amtsgerichtsrat Dr. Bindseil in Halle a. S. und der Landgerichtsdirektor Strunz in Fürth haben, so lesen wir in der „Frankf. Ztg.", ein Rundschreiben an die Alten Herren des Kösener Verbandes erlassen, in dem sie diese auffordern, dem überhandnehmenden Aufwand in den Korps entgegenzutreten. Es ist nicht das erste Mal, daß die Alten Herren den luxuriösen Ausschreitungen der Studenten zu steuern suchen. Schon 1881 taten sie sich zu diesem Zweck zusammen, und Fürst Bismarck, der alter Korpsstudent war, schloß sich mit einem über korpsstudentische Kreise hinaus wenig bekannt gewordenen Briefe an, der folgende Stelle enthielt: „Ich teile die Anschauungen der Heren, welche eine Reform des Korpslebens beabsichtigen, vollständig und habe schon zu der Zeit, wo meine Söhne studierten, vergeblich versucht, durch die Universitätsbehörden auf das Korpsleben einzuwirken." Die damaligen Bestrebungen hatten einen gewissen Erfolg; es fand eine Einschränkung in der äußeren Lebensführung statt. Aber sie währte nur sehr kurze Zeit. Vom Jahre 1890 an begann die Periode des Baues der Korpshäuser: jetzt gibt es nicht ein halbes Dutzend Korps, die nicht ein eigenes prächtiges Haus besäßen, und die anderen Korporationen, die Burschenschaften, Landsmannschaften, Gesang- und Turnvereine, selbst der heilige Wingolf sind ihnen gefolgt und haben Villen gebaut, um die sie ein Kommerzienrat beneiden könnte. Das Geld dazu haben die Alten Herren gegeben, und sie tragen die Schuld daran, wenn sich jetzt studentische Auswüchse herausgebildet haben, die schlechthin ein soziales Uebel sind, weil sie den größten Teil der Studentenschaft ergriffen haben. Die beiden Herren Bindseil und Strunz wenden sich nur gegen einige Auswüchse, die aus der Sucht nach übertriebener Repräsentation entstanden sind. Da erfährt man erbauliche Dinge. Wenn die Mitglieder eines Korps ein anderes Korps auf dessen Universität besuchen, so genießen sie volle, und zwar sehr prunkvolle Gastfreundschaft. Sie werden nicht nur auf der Kneipe bewirtet, sondern in den ersten Hotels einlogiert, wo sie leben können, wie's ihnen gefällt. Das zwingt natürlich zu Gegenleistungen. Bei gewöhnlichen Besuchen kann man sich nur durch noble Trinkgelder revanchieren, deren glücklicher Empfänger — außer den Hotelbediensteten — der Korpsdiener ist. Dieser erhält ein Trinkgeld, das nicht unter 10 bis 20 Mark, vielfach aber mehr als 50 Mark beträgt. Hat man aber auf Waffen des Korps gefochten, so erhält dies für „gewährten Waffenschutz" eine opulente Dedikation, deren Höchstwert vor Jahren einmal auf 100 Mark herabgesetzt wurde, woran sich aber niemand gekehrt hat. Wenn beispielsweise zwei Jenenser Studenten in Heidelberg fechten, so kostet das ihrem Korps etwa 500 Mark, und das besuchte Korps trägt die Kosten der Gastfreundschaft! Mit ganz ungewöhnlicher Pracht werden die großen Stiftungsfeste gefeiert. Als vor einigen Jahren ein süddeutsches Korps sein hundertjähriges Jubiläum feierte, kostete das Fest 100,000 Mark, und eine andere Körperschaft soll bei ähnlicher Feier diese Summe noch übertrumpft haben! Der Mißbrauch hat sich auf fast alle studentischen Verbände ausgedehnt. Die Kluft zwischen bemittelten und unbemittelten Studenten wird immer tiefer, ein Uebelstand, der die schwersten Bedenken erwecken muß. Der einfache Student mit seinem Hundertmarkwechsel sieht sich ganz in den Hintergrund gedrängt, und es bildet sich ein Abstand, der im späteren gemeinsamen Beruf nicht überbrückt wird, sondern sich eher erweitert. Unser deutsches Studentenleben kann dabei nicht gewinnen, und es ist ein Unding, daß junge Leute, die auf die Tasche anderer angewiesen sind, die Grandseigneurs spielen wollen. Zudem ist es ungefähr die schlechteste wirtschaftliche Vorbereitung für das Leben, die sich denken läßt.

Nachklänge von Cowes.

Im französischen Ministerrat äußerte Präsident Fallières gestern seine Befriedigung über die in Cherbourg gewonnenen Eindrücke. In seinen Unterredungen mit dem Kaiser von Rußland sei wiederum das völlige Einvernehmen zwischen der französischen und der russischen Regierung zutage getreten und der gemeinsame Wille, durch ihr Bündnis zur Festigung des Friedens beizutragen.

Pichon berichtete über seinen Meinungsaustausch mit Iswolski, aus dem sich die volle Uebereinstimmung zwischen den französischen und russischen Diplomaten in allen gegenwärtig im Vordergrunde des Interesses stehenden internationalen Fragen ergeben habe. Nach einer Mitteilung über die ruhigere Lage in Spanien äußerte sich Pichon über Kreta. Die vier Schutzmächte seien in Unterhandlung getreten, um die vollständige Durchführung der der Pforte abgegebenen Erklärung zu sichern, wonach die Mächte die Aufrechterhaltung des status quo verbürgten. Schließlich genehmigte der Ministerrat die Ernennung des Generals Laffon de Ladébat zum Chef des Generalstabes der Armee.

Der Generalstreik in Schweden

greift weiter.

Der Fachverein der Reichstelephonarbeiter in Stockholm hat einstimmig beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen. Einzelne Kategorien festangestellter Beamter des Telephonwesens werden sich dagegen an dem Streik nicht beteiligen.

Die Stockholmer Milchkutscher beabsichtigen, sich der Bewegung anzuschließen, jedoch hoffen die Milchhändler, die Milchversorgung der Hauptstadt aufrecht erhalten zu können.

Wie der „Dagen" erfährt, beschlossen auch die Stockholmer Kommunalarbeiter, sich dem Streik anzuschließen, ebenso die Beleuchtungs- und Müllabfuhrarbeiter.